

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fortdauer der Berliner Krise

Die im vergangenen November von Chruschtschew ausgelöste Berliner Krise fährt fort, an den westlichen Nerven zu zehren. Der Anmeldung des sowjetischen Verlangens nach Aufhebung des Viermächtestatus von Berlin folgte prompt das eindeutige Nein der Westmächte. Moskau antwortete mit dem ausführlichen Entwurf zu einem Friedensvertrag für Deutschland und schickte gleichzeitig den Vizeministerpräsidenten *Mikojan* als «Touristen» auf eine Erkundungsfahrt nach den USA, um der amerikanischen öffentlichen Meinung den Puls zu fühlen. In Washington wurde dem Abgesandten Chruschtschews unmißverständlich klargemacht, daß die amerikanische Regierung fest entschlossen sei, ihre Rechte in Berlin wenn nötig mit Gewalt zu wahren. Wenn vorher, vielleicht auf Grund einer falschen Einschätzung der demokratischen Wahlerfolge im Herbst, in Moskau Zweifel an der amerikanischen Festigkeit bestehen mochten, so war es nach den Gesprächen Eisenhowers und Dulles' mit Mikojan nicht mehr möglich, auf ein nachträgliches «Umfallen» der Amerikaner zu spekulieren. Die Positionen waren bezogen, das Prestige beider Weltmächte engagiert, doch nun stellte sich die Frage, wie der Ausweg aus der Krise zu finden sei, ohne den Urheber der Spannung «das Gesicht verlieren» zu lassen. Durfte man ihm Gegenleistungen für den Verzicht auf seine Berliner Forderungen anbieten? Oder setzte man sich nicht dem Vorwurf aus, eine unprovokierte Offensive mit einseitigen Konzessionen zu belohnen und weiteren Erpressungen Tür und Tor zu öffnen? Zwischen Washington und den westeuropäischen

Hauptstädten kam eine Diskussion in Gang, die ein starkes Auseinandergehen der Meinungen enthüllte. Paris und Bonn waren geneigt, auf einem unverblühten und durch keine Zugeständnisse versüßten Nein zu beharren, während London und Washington eine gewisse Flexibilität in den sekundären Aspekten der Berliner Frage tragbar und vernünftig erschien. Eine Einigung kam erst zustande, als Dulles sich entschloß, die Koordination persönlich an die Hand zu nehmen und, wie schon oft, eine seiner Blitzreisen nach dem europäischen Kontinent antrat. Als Ergebnis seiner Intervention einigte man sich auf eine Antwort an Moskau, die eine *Viererkonferenz* der Außenminister, nicht über Berlin allein, sondern über die ganze Deutschlandfrage, unter Zuziehung deutscher Berater aus Bonn und Pankow, vorschlägt. Gleichzeitig kündigte der britische Premierminister *Macmillan* an, er werde eine Erkundungsreise nach Moskau unternehmen. Das hartnäckige Festhalten der Labouropposition an ihren Plänen für ein Disengagement der Mächte in Europa und die Rücksicht auf eine schwankende, zum Pazifismus neigende öffentliche Meinung veranlaßten die Tory-Regierung zu einer äußersten Demonstration ihrer bei aller Unnachgiebigkeit friedfertigen Absichten.

Die Krankheit des Staatssekretärs

Der amerikanische Staatssekretär unternahm seine Europatour als ein von Krankheit schwer Gezeichneter und doch schonte er sich, wie auch schon früher, in keiner Weise.

Der längst befürchtete Befund der Ärzte, wonach Dulles trotz einer früheren Operation weiterhin an Krebs leidet, hat nun seinen *Rücktritt unvermeidlich* gemacht. Amerika verliert mit ihm einen seiner fähigsten, zugleich aber umstrittensten Außenminister. Kein Staatsmann war, abgesehen von den Verunglimpfungen aus dem kommunistischen Lager, in der westlichen Oppositionspresse so scharf angegriffen worden wie Dulles, dem man verbohrtten Starrsinn und ein frivoles Spiel mit der Gefahr eines neuen Weltkrieges vorwarf. Bezeichnenderweise erreichte die Kritik an Dulles immer dann einen Höhepunkt, wenn die Koexistenz-Propaganda des Kremls am aktivsten war. Und Dulles fand jedesmal dann wieder wohlwollende Duldung, wenn von seiten Moskaus eine Hoffnung auf Verständigung zunichtegemacht worden war, ja die gleichen Kritiker scheuten sich nicht, zu Zeiten sowjetischen Drucks dem Staatssekretär jede Andeutung eines elastischen Kurses als Schwäche auszuliegen, nachdem sie selber vorher die in der Substanz harte Politik Dulles' als beschränkt und einfalllos verspottet hatten. Die Aussicht, daß John Foster Dulles sein Amt abgeben und sich auf die Rolle eines Beraters des Präsidenten zurückziehen muß, vereinigt seine bisherigen Freunde und Gegner in der Überzeugung von den unschätzbaren Verdiensten und der Unentbehrlichkeit dieses Mannes. Gewiß wird sich am Grundsätzlichen der amerikanischen Außenpolitik nichts ändern, aber das diplomatische Geschick des Staatssekretärs und seine Autorität im Umgang mit den Alliierten wie mit dem sowjetischen Gegner wird in den kommenden Auseinandersetzungen vermißt werden. Dulles hat sich nie im rein Taktischen erschöpft, er nimmt vielmehr gegenüber den weltpolitischen Problemen eine grundsätzliche Haltung ein, was ihm oft den Vorwurf eintrug, er vermenge Politik und Moral. Viel beachtet wurde vor kurzem eine Rede, in der er die Institution der Vereinigten Nationen scharf kritisierte (NZZ Nr. 310, 2. 2. 59), welche dem Ostblock gestattet, einen dop-

pelten Justizkodex — für Suez und für Ungarn — anzuwenden, und in der er andeutete, daß man inskünftig sich immer mehr überlegen müsse, ob man der UNO-Versammlung politische Konflikte zur Entscheidung überlassen könne.

Die Ziele Chruschtschews

Der 21. Parteitag der sowjetischen Kommunisten in Moskau hat wider Erwarten keine neuen Gesichtspunkte zur Entwicklung der Berliner Krise beigetragen. Chruschtschew verband seine Einladung an Eisenhower zum Besuch der Sowjetunion mit derart unflätigen Angriffen auf die amerikanische Politik, daß sich aus seinen Reden kein Nachgeben herauslesen läßt. Die Veranstaltung stand völlig im Zeichen der Alleinherrschaft Chruschtschews, der von den Delegierten seinen wirtschaftlichen Siebenjahrplan und seine Schulreform gutheißen ließ. Erneut wurden die Rivalen Chruschtschews als «partei-feindliche Gruppe» abgestempelt; von einem möglichen Prozeß war dagegen nichts zu hören. Die endlos wiederholte Verdammung der «Partei-feinde» hat einen vorwiegend symbolischen Charakter, denn diese seit 1957 ausgeschaltete Gruppe verkörpert das ganze Heer der älteren Parteikader, die unter Stalin groß wurden, nach seinen Methoden zu arbeiten verstanden und den von Chruschtschew eingeführten Neuerungen skeptisch gegenüberstehen. Von ihnen geht der Widerstand gegen die gigantischen Pläne des Parteisekretärs aus, und gegen sie richtet sich die Einschüchterungstaktik Chruschtschews. Wenngleich seine Anhänger heute schon in allen Schlüsselstellungen zu finden sind, läßt sich doch die Masse der Kader nicht so rasch auswechseln. Um die innern Widerstände zu überwinden, sucht Chruschtschew, nach einer unter den Kreml-Spezialisten verbreiteten Auffassung, eine *Stabilisierung* seiner Macht nach außen. Als größtes Hindernis für diese Stabilisierung liegt ihm Berlin im Wege, denn Berlin ist das Pfand dafür, daß

der Westen den Status quo nicht anerkennt und die kommunistische Unterwerfung Osteuropas nicht akzeptiert hat. Wenn sich die NATO-Mächte unter der Drohung eines Atomkrieges zum Rückzug aus Berlin zwingen ließen, so würde das gleichzeitig den westlichen Verzicht auf den Anspruch der Selbstbestimmung für die Satellitenstaaten bedeuten, abgesehen davon, daß die Marionettenregierung in der DDR von der Hypothek befreit würde, die die Existenz des freien und blühenden Westberlin für das ostdeutsche Zwangsregime darstellt. Chruschtschew scheint zu glauben, daß ein Abkommen über die Zweiteilung Europas ihm Zeit gewähren werde, die USA wirtschaftlich zu überholen und daß dann die Völker von selber sich der Hegemonie der Sowjetunion unterstellen würden, vielleicht in der für einen Kommunisten plausiblen Annahme, es sei nur das amerikanische Geld, das die freie Welt zusammenhalte. Manche seiner Aussprüche deuten darauf hin, daß der Sowjetmachthaber die Anziehungskraft wirtschaftlicher Stärke und eines hohen Lebensstandards höher einschätzt als die ideologische Potenz des Kommunismus. Man wird im Westen gegen diese Einsicht wenig einzuwenden haben, sehr viel jedoch gegen die Art und Weise, in der Chruschtschew die außenpolitischen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wettbewerb mit Amerika herzustellen sucht.

Regierungskrise in Italien

Die vor einem Monat angedeutete Möglichkeit eines *Sturzes der Regierung Fanfani* ist rascher, als man annahm, eingetreten. Den Ausschlag gab indirekt der Sieg Nennis auf dem Kongreß der Linksozialisten über die Anhänger der Kommunisten in seiner Partei. Anders als man sich in den Kreisen der christlichdemokratischen Linken vorgestellt hatte, wurde das Ereignis nicht zum Auftakt einer «apertura a sinistra», das heißt einer

Koalition der Democrazia Cristiana mit den Linksozialisten, sondern es hatte im Endeffekt eine Verschiebung der Regierungachse nach rechts zur Folge. Durch seine Loslösung vom Aktionspakt mit Togliatti sprengte Nenni die an der Regierung beteiligte Sozialdemokratische Partei Saragats, in der eine starke Minderheit den Moment zur Wiedervereinigung der Sozialisten für gekommen erachtete. Der Abfall des linken Parteiflügels von Saragat und der Rücktritt des sozialdemokratischen Arbeitsministers Vigorelli brachten Fanfanis Koalitionsregierung ins Wanken, so daß er sich zum Rücktritt entschloß. Beim Versuch, eine neue Regierung zu bilden, stieß er auf den Widerstand der alten Garde der Partei, die dem tüchtigen, aber unbeliebten Generalsekretär immer ablehnend gegenübergestanden hatte, und im Ärger über den Zusammenbruch seiner Pläne demissionierte er auch als Parteiführer. Der Fehlschlag Fanfanis traf ebenfalls den Präsidenten der Republik, *Gronchi*, der immer ein Vorkämpfer einer linken Koalition gewesen war und durch ein letztes Manöver vergebens die «Öffnung nach links» zu retten versuchte. Gronchi verlangte eine Vertrauensabstimmung im Parlament — Fanfani war ohne Mißtrauensvotum zurückgetreten —, um die Kammern auflösen und Neuwahlen ausschreiben zu können, von denen er einen Wahlsieg der Linksozialisten und der christlichdemokratischen Linken erhoffte. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der «Notabeln», der Parteiführer und Minister aus der Ära De Gasperi, die seit dem Ausscheiden Fanfanis die Parteileitung der Democrazia Cristiana beherrschten. Zum neuen Ministerpräsidenten wurde *Segni* ernannt, der einer rein christlichdemokratischen Regierung vorsteht, die von den Monarchisten und Liberalen unterstützt wird. An die Stelle der reformfreudigen, aber von einer allzuschmalen Mehrheit getragenen Koalition Fanfanis tritt eine Regierung mit sicherer parlamentarischer Basis — solange ihre Pläne der nationalistisch-konservativen Rechten genehm sind.

Einigung über Zypern

Eine für alle Teile erfreuliche Entwicklung zeichnet sich in der vor kurzem noch hoffnungslos verwickelten Zypernfrage ab. Vermittlung durch den Generalsekretär der NATO, Spaak, und sanfter Druck von seiten der Vereinigten Staaten haben es vermocht, daß die an der Zukunft Zyperns am meisten interessierten Staaten zu einem Kompromiß gelangt sind: Griechenland und die Türkei verzichten beide auf ihre territorialen Ansprüche zugunsten einer von beiden Seiten garantierten *Unabhängigkeit der Insel*. Griechenland hatte bisher den Anschluß an sein Inselreich, die Türkei eine Teilung gefordert. Was die Schweiz besonders mit Genugtuung erfüllen darf, ist der Umstand, daß die Lösung in aller Stille in *Zürich* gefunden wurde. Für Großbritannien, dessen Souveränität über die Insel nun dahinfallen wird, ging es schon lange nicht mehr um die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft im östlichen Mittelmeer, sein Problem war vielmehr, wie die britische Kolonialverwaltung aufgehoben werden könne, ohne einen Bürgerkrieg und möglicherweise einen bewaffneten Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei hervorzurufen. Man hat deshalb in London die Nachricht von der griechisch-türkischen Verständigung mit einem Seufzer der Erleichterung aufgenommen. An der entscheidenden Konferenz in London gelang es schließlich, auch die Vertreter der Zyprioten, Erzbischof Makarios für den griechischen

und Dr. Fazıl Küçük für den türkischen Teil der Bevölkerung, zur Zustimmung zu bewegen. Das am 19. Februar unterzeichnete Abkommen sieht vor, daß Zypern nach einer Übergangszeit von einem Jahr die Unabhängigkeit erhält und daß Großbritanniens Recht gewahrt ist, auf einer Reihe von Stützpunkten Truppen und militärische Anlagen beizubehalten. Unzufriedenheit wird einzig bei der griechischen Linksoption geäußert. Anscheinend wollen die Kommunisten die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, im Zusammenhang mit der Lösung der Zypernfrage die Regierung des Verrats an den nationalen Interessen zu beschuldigen. Schon hat auch Moskau sein Mißfallen an der friedlichen Einigung laut werden lassen. Die *Pravda* (17. 2.) bringt es fertig, in der Errichtung eines unabhängigen Zypern ein «kolonialistisches Komplott» zu sehen, das «gegen die Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit» gerichtet sei. Weiter kann man die Verdrehung der Tatsachen kaum treiben. Für die freie Welt bedeutet die Beilegung des Zypernkonflikts einen Beweis, daß Kolonialprobleme durch Verhandlungen und guten Willen gelöst werden können, so daß für die kommunistische Agitation kein Ansatzpunkt mehr übrigbleibt. Die Südfront der NATO ist nun wieder geschlossen, deren Festigkeit durch den griechisch-türkischen Bruderstreit allzulange unterhöhlt war.

Nemo

Bericht aus England

Moskau-Reise und Berliner Krise

Macmillans Reise nach Moskau wird selbst innerhalb der Konservativen Partei sehr verschieden beurteilt, je nach dem Vorwiegen von Realismus oder Wunschenken. Viele werfen Macmillan wahlpolitische Rücksichten vor. Andere ziehen den Vergleich mit der Reise Chamberlains nach Godesberg im

Jahre 1938 und warnen vor einem neuen «München». In Wirklichkeit ist aber der britische Ministerpräsident weder ein Demagoge noch ein Anhänger fauler Kompromisse. Der wirkliche Grund für seinen dramatischen Entschluß, die russische Einladung zum Gegenbesuch (für den Besuch Bulgans und Chruschtschews im Jahre 1956) anzunehmen, ist seine große Sorge um eine

mögliche Ausartung der Berliner Krise in akute Kriegsgefahr nach Ablauf des russischen «Ultimatums». Macmillan ist durch und durch solidarisch mit Dulles in der Entschlossenheit, West-Berlin um jeden Preis zu verteidigen, und er möchte das den Russen so klar als möglich vor Augen führen, gerade zu der Zeit, in der sie im Besitze der westlichen Antwortnote auf Chruschtschews Vorschlag einer Friedenskonferenz mit «den beiden deutschen Staaten» sind. Auch glaubt Macmillan seinem eigenen Volke gegenüber die Verpflichtung zu haben, das Unmögliche für die Erhaltung des Friedens getan zu haben, bevor es zum äußersten käme. Damit ist nicht gesagt, daß er die Kriegsgefahr überschätzt.

«Weder Krieg noch Frieden», sagte Trotzky in Brest im Jahre 1918 den deutschen Unterhändlern, bevor der deutsche Vormarsch ihn zur Kapitulation zwang. Damit meinte er eben den gleichen «Kalten Krieg», mit dem die Kremलगewaltigen heute ihr Weltrevolutionsziel sicherer zu erreichen hoffen, als durch einen selbstmörderischen Atomkrieg. Die Russen rechnen bekanntlich mit dem schlechten Gedächtnis der Massen, vor allem hinsichtlich der Ursachen des Kalten Krieges. Im britischen Auswärtigen Amt ist aber dieses Gedächtnis sehr lebendig. Die Russen können nun einmal die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Ursache des Kalten Krieges in der Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konferenz von Jalta im Jahre 1945 zu suchen ist. Dort erkaufte Amerika und Großbritannien die Zustimmung Rußlands zum Selbstbestimmungsrecht der von Rußland «befreiten» Völker Mittel- und Osteuropas mit der Teilung Polens. Die Russen steckten den Preis ein und — verweigerten das versprochene Selbstbestimmungsrecht einem Volke nach dem anderen. Nun verlangen aber die Russen vom Westen die Beendigung des Kalten Krieges durch Legalisierung der durch Vertragsbruch realisierten kommunistischen Eroberungen und Preisgabe von Berlin. Das macht an sich jede Verständigung unmöglich.

Trotzdem gibt es leider eine ganze Reihe ebenso naiver wie wohlwollender politischer Köpfe, die das Rezept für ein Abblasen des für den Westen so kostspieligen Kalten Krieges gefunden zu haben glauben. Man solle ganz einfach vom «Rapacki-Plan» Gebrauch machen und den Russen die «Neutralisierung» Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei vorschlagen. Die britische Regierung weiß natürlich ebenso genau wie die amerikanische, daß der vom Osten propagierte Rapacki-Plan den Abbau des Arsenal an Atom- und konventionellen Waffen des atlantischen Bündnisses in Mitteleuropa bezweckt, ohne die numerische Überlegenheit und Einsatzbereitschaft der Roten Armee und ihrer Verbündeten anzutasten. Mit der russischen Landmasse im Rücken könnte sich die motorisierte Rote Armee, vor allem ihre Fallschirmdivisionen, sorgenlos zurückverlegen, während sich die britischen und amerikanischen Divisionen bald am Ärmelkanal befinden würden. Auch machte es Chruschtschew wiederholt klar, daß er keinen Versuch einer «Verringerung der Errungenschaften des Sozialismus» (d. h. eine Untergrabung der kommunistischen Verknechtung der Satellitenstaaten) dulden würde. Wie kann man sich da Illusionen über «disengagement» und sonstige Neutralisierungshirngespinnste hingeben? Schon ganz sonderbar erscheinen daher britische Liberale in der Rolle von Helfershelfern der Linksozialisten bei der Befürwortung des Chruschtschewschen Vorschlages, das deutsche Wiedervereinigungsproblem durch eine «Konföderation der beiden deutschen Staaten» zu lösen. Die Regierung einer solchen Konföderation würde natürlich nach dem aus der Verknechtung der heutigen Satellitenstaaten bekannten Koalitionsmuster gebildet werden. Chruschtschew ist eben von der Richtigkeit des bekannten Ausspruchs Lenins überzeugt, daß es genüge, Deutschland zu beherrschen, um Europa beherrschen zu können. Die militärischen und paramilitärischen Streitkräfte der «Deutschen Demokratischen Republik» werden ja unter der

Führung hitlerscher Offiziere zu diesem Zwecke geschult und gerüstet.

Von der Möglichkeit einer Beendigung des Kalten Krieges kann daher keine Rede sein und keinerlei Gipfelkonferenzen können irgend etwas daran ändern — solange sich in Moskau nichts gründlich ändert. Moskau dagegen braucht gelegentlich solche Konferenzen oder Mikojanreisen, um die Welt durch verlogene Friedensschalmeien über die nackte Wirklichkeit hinwegzutäuschen und den Willen zum kostspieligen Durchhalten des Kalten Krieges zu untergraben. Mit Macmillan wird ihnen das aber niemals gelingen. Für ihn wäre eine eventuelle Gipfelkonferenz bloß ein Mittel zur Überzeugung jener «Armen im Geiste», daß es eben keine Friedensmöglichkeiten mit der Ideologie der Weltrevolution gibt. Vielleicht ist das wirklich das einzige Mittel, um sonst so ernstzunehmende Blätter wie «Spectator», «Economist», «Observer» und «Manchester Guardian» zur Vernunft zu bringen und eines besseren zu belehren. Glücklicherweise machten ihre Mahnungen zur «Flexibilität» der Deutschlandpolitik und zum Abweichen vom «Starrsinn» Adenauers nicht den geringsten Eindruck auf die maßgebenden britischen Kreise. Am hoffnungslosesten benimmt sich in dieser Frage die isolationistische, Amerika fressende Presse Lord Beaverbrooks («Daily Express» usw.), die durch ihr Verlangen nach der Preisgabe Berlins dem kommunistischen «Daily Worker» gründlich Vorschub leistete. Schon ganz unrealistisch ist es dabei, von der Bundesrepublik die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne den Gegenwert der Wiedervereinigung zu verlangen.

Macmillan wird die Ergebnisse seiner Moskau-Reise den Regierungschefs in Bonn, Paris und Washington unterbreiten, die dann der demnächst bevorstehenden Konferenz der Außenminister der vier Westmächte behilflich sein werden zur Klarstellung des westlichen Standpunktes vor der geplanten Gipfel- bzw. Außenministerkonferenz mit den Russen. Auch wenn diese Gipfelkonfe-

renz keine positiven Ergebnisse ermöglichen wird, weder in der Wiedervereinigungs- noch in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage, wird allem Anschein nach die Einigkeit der vier Westmächte daraus gefestigt hervorgehen. Dank General de Gaulle und Adenauer ist heute die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland durch ein inniges Einvernehmen ersetzt. Ebenso intim sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Amerika. Aber auch Macmillan hat es verstanden, die atlantische Solidarität mit allen dreien zu zementieren.

Freihandelszone und Gemeinsamer Markt

Macmillan ist trotz den Enttäuschungen, die seine Freihandelspläne seitens Frankreich begegneten, weiterhin optimistisch. Er zählt auf die vereinbarte baldige Zusammenkunft mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten und setzt sein Vertrauen in die vertraulichen Versprechungen, die de Gaulle durch Couve de Murville während seines Londoner Besuches im vergangenen November mitteilen ließ. Es scheint, daß der Gegensatz zwischen den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes einerseits und den auf der Konferenz in Genf am 1. Dezember 1958 vertretenen anderen westeuropäischen Mächten nun durch bilaterale britisch-französische Verhandlungen einer Lösung nähergebracht werden soll. Großbritannien will dabei seiner Solidarität mit der Schweiz, Österreich und den skandinavischen Ländern durchaus treu bleiben und die erhoffte Verständigung mit Frankreich bloß als Mittel zum Zwecke, d. h. zur Erreichung der europäischen Freihandelszone ausnützen. Dagegen bildet Frankreichs Bereitschaft zu bilateralen Verhandlungen eine Abweichung vom Grundsatz des gemeinsamen Vorgehens aller Mitglieder des Gemeinsamen Marktes gegenüber den außerhalb des Gemeinsamen Marktes stehenden Staaten. Dieser Entschluß der französischen Regierung wurde jedenfalls erleichtert durch Debrés bekannte frü-

here Gegnerschaft zu allen Frankreichs Souveränität einschränkenden «supranationalen» Bindungen. Eine solche Betonung der Selbständigkeit Frankreichs in wirtschaftlichen Fragen, trotz dem «Gemeinsamen Markt», kommt den Briten natürlich um so mehr gelegen, als ja Großbritanniens Vorbehalte gegen seinen eigenen Beitritt großenteils auch durch die supranationalen Tendenzen der Gründer des Gemeinsamen Marktes bedingt waren. Natürlich wollen die Briten dabei ihre Bande mit dem Commonwealth wahren!

Frankreichs Bereitwilligkeit zu besonderen Verhandlungen mit Großbritannien genießt aber den Segen Erhards, dem sich die britische Regierung für seine den britischen Freihandelsplänen seit jeher gewährte Unterstützung sehr verbunden fühlt. Auch der Europa-Rat in Straßburg hat sich bekanntlich für die baldige Herstellung der wirtschaftlichen Einheit aller im Rate der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit vertretenen Staaten ausgesprochen, und zwar mit Zustimmung aller Vertreter der Staaten des Gemeinsamen Marktes. Auch im Kreise der eigentlichen Leitung des Gemeinsamen Marktes verlangte der Vertreter der Niederlande, van der Goes van Naters, dessen Ergänzung durch eine Freihandelszone im Interesse der Solidarität Europas gegenüber der Wirtschaftsoffensive der Sowjetunion. Das entspricht auch durchaus der bekannten Überzeugung der britischen Regierung. Eine solche Entwicklung entspricht auch den Wünschen der Schweiz, denen Bundespräsident Holenstein und Bundesrat Petitpierre im Dezember 1958 so ausführlich Ausdruck gaben, zur großen Genugtuung der Londoner Regierung. Der scheinbar unüberbrückbare Gegensatz zwischen Großbritannien und Frankreich in der Freihandelsfrage scheint daher auf dem Wege zu einer für ganz Westeuropa befriedigenden Lösung zu sein, trotz den Widerständen der an einen hohen Zollschatz gewohnten französischen Industriekreise. Ohne de Gaulles Verfassungsreform und Pinays Finanzreform

wäre das ja nie denkbar gewesen. Die erhoffte Überbrückung des diesbezüglichen britisch-französischen Gegensatzes wird nicht nur eine Annäherung zwischen Westeuropa und dem gesamten Commonwealth ermöglichen, sondern auch die für alle atlantischen Bundesgenossen so lebenswichtige Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien vollinhaltlich neu beleben.

Neuwahlen

Abgesehen von Rücksichten auf die außenpolitische Lage, die an sich Neuwahlen vor dem Spätherbst unwahrscheinlich machen, wird natürlich die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend sein für die Entscheidung der Regierung über den Termin der Auflösung des Parlamentes, dessen Kadenz spätestens im April 1960 zu Ende gehen müßte. Finanziell ist die Lage durchaus günstig. Die Gold- und Dollarreserven der Bank in England wachsen ständig und haben eine solche imposante Höhe erreicht, daß die Regierung die Konvertibilität der Sterlingwährung im gesamten Auslandverkehr dekretieren konnte. Die Wirtschaft ist nach der durch die amerikanische Rezession bedingten Schrumpfung in voller Erholung begriffen. Die Maßnahmen der Regierung zur Förderung der industriellen Expansion waren im großen und ganzen erfolgreich. Trotzdem wird dieses gewiß nicht ungünstige Bild überschattet von einer noch im Steigen begriffenen Arbeitslosigkeit. Zwar erreichen über eine halbe Million (620 000) Arbeitslose noch nicht die als bedrohlich geltende Höhe von 3% der Werkstätigen, aber die Konzentration dieser Arbeitslosigkeit in wahlpolitisch wichtigen Gegenden machen sie zu einem innerpolitischen Problem ersten Ranges. Das gilt besonders für die Grafschaft Lancashire, wo asiatische Konkurrenz die Baumwollspinnereien zur Hälfte ihrer seinerzeitigen Produktion verurteilt hat, für Wales, wo so viele unproduktive Kohlengruben von der ohnehin an Kohlenüberschuß leidenden Verwal-

tung der verstaatlichten Kohlenindustrie geschlossen werden mußten, und für das schottische Oberland, wo das Ausmaß der Arbeitslosigkeit sogar einen konservativen Abgeordneten zur Opposition gegen die Regierung veranlaßte. Trotzdem die Regierung durch großzügige Kreditangebote die Industrie zu Neuanlagen in den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten, bzw. zur Übernahme unrentabler Betriebe durch investitionsfähige Unternehmungen, zu bewegen trachtet, sind die Erfolge dieser Erholungsmaßnahmen bis jetzt nur mäßig. Dazu kommt der Schrecken der blühenden Stahlindustrie vor der ihr im Fall eines sozialistischen Wahlsieges drohenden erneuten Verstaatlichung. Die britische Marktforschungsgesellschaft (Market Research Society) versucht der Gefahr durch eine private Volksbefragung zu begegnen, um die wirkliche Stimmung im Volke gegenüber der Verstaatlichungsmanie der Sozialisten zu erkunden. (Dies kam den Sozialisten sehr un gelegen!) Auch auf der Börse macht sich das Unbehagen der Wirtschaftskreise vor dem Schreckgespenst eines sozialistischen Wahlsieges geltend. Die sozialistischen Wirt-

schaftspolitiker sind sich übrigens der Gefahr einer Kapitalflucht im Falle ihres Erfolges bewußt, besonders weil ihre Altersversorgungs- und Mietschutzprojekte eine starke Inflationswelle erzwingen müßten. Aber Demagogie ist nun einmal für den Durchschnittswähler maßgebend, und die Hälfte der britischen Wählerschaft wird sicher gegen die Konservativen stimmen. Die Frage ist bloß, ob es die «größere» oder «kleinere» Hälfte sein wird, bzw. wie weit es den wieder zur Massenaufstellung von Kandidaten geneigten Liberalen gelingen wird, Stimmen von den beiden großen Parteien abzuziehen. Es ist kein Wunder, daß die von der «News Chronicle» veranstalteten gelegentlichen «Volksbefragungen» ein so großes Interesse erregen und ihre schwankenden Ergebnisse bald die einen, bald die anderen zum Wunsche nach baldigen Neuwahlen anregen. Vom konservativen Standpunkt aus hat die Arbeitslosigkeit den einen Vorteil, daß sie die für die Sozialisten so wichtige Macht der Gewerkschaften schwächt und die Einschränkung ihrer unpopulären Übergriffe erleichtert.

Adam Romer

Bericht aus Ungarn

Welcher «Machtgruppe» der Budapester Führungsclique ist es im Zeichen des XXI. Kongresses der KPdSU gelungen, entscheidenden Einfluß zu gewinnen? Wie weit haben der Kádár-Kurs und die Pro-forma-Wahlen am 16. November 1958 zur Konsolidierung des ungarischen KP-Regimes beigetragen? Welche Absichten hegt die USAP («Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei») für die nächste Zukunft?

Der geeichte Kaderfunktionär wird einem befreundeten Fragesteller zunächst mit einer Gegenfrage antworten: «Wer weiß denn, ob er morgen noch selber an seinem Schreibtisch sitzen wird? Blicken Sie nach

Moskau und Peking! — Übrigens erwarten wir im Augenblick keine einschneidenden Veränderungen.»

Das Gefühl fatalistischer Ungewißheit beherrscht sogar höhere Parteibeamte, die sich bisher stets mit Geschick, Glück und (zeitweise) dank moralischem Absentismus in der Rangliste zu behaupten wußten. Wohl neigt der Kreml selbst dazu, die arg gelichtete KP-Hierarchie des Nachoktobers pfleglich zu behandeln und zwischen ihren Gruppen und Nebenbuhlern eine Gleichgewichtspolitik zu betreiben. Es gilt vor allem, die inzwischen mühsam restaurierte Fassade des Systems zu wahren. Immerhin überlegen die

Politmanager der USAP, daß die heute gefestigte Alleinherrschaft Chruschtschews keine Gewähr gegen künftige Wachtablösungen bietet. Auch die Kräfteverteilung in der obersten Partei- und Regierungskaste gewährt nur den Eindruck, daß gegenwärtig ein ohne Datum befristeter Waffenstillstand noch respektiert wird.

Die parteiinterne Führungssituation der USAP

Die ersten Ergebnisse des XXI. Moskauer Parteikongresses begünstigten zurzeit eindeutig den mittleren, «zentristischen» Flügel der USAP unter ihrem Ersten ZK-Sekretär, János Kádár, der als persönlicher Günstling Chruschtschews gilt. Allerdings ist die Gesundheit Kádárs ernstlich untergraben. Daher muß das Konglomerat seiner Anhängerschaft, früher oder später, mit seinem Ausscheiden aus dem «Apparat» rechnen. Die Frage der mutmaßlichen Nachfolge ist offen.

Kádár zeigt im Umgang ein gewinnendes Wesen und scheint versöhnlichen Gesten nicht abgeneigt. Er ist von der Aura des einstigen «Reformisten» und der ehemaligen Freundschaft zu Imre Nagy umgeben. Die nicht völlig sowjetisierten Genossen halten ihm seine Zwangslage zugute. Sogar in ablehnenden Bevölkerungskreisen sagt man heute: «Was könnte Besseres nachkommen?»

Der politische Konkursverwalter der Oktoberrevolution, Kádár, hat es vor allem verstanden, die gratschmale «Basis» seines führungspolitischen Einflusses bis zu den rechten Randschichten der USAP auszubauen. Bewährte Spitzenfunktionäre des Ungarischen Gewerkschaftsbundes (UGB) leisten ihm Hilfestellung. Die wenigen parteigemäßen Vertreter der Bauernschaft bekennen sich ebenfalls zu ihm; war die Kádár-Gruppe doch bis zum Jahresende 1958 be-rechnend genug, die «Sozialisierung» von Bauernland nicht wieder mit Hilfe nackter Vergewaltigung voranzutreiben. — Der Königsgedanke der «Zentristen» aber be-

stand wohl darin, eine Anzahl z. T. längst abgehalfterter, pensionsreifer Kollaborateure der Sozialdemokraten und Kleinlandwirte zur Besetzung einflußloser Paradeposten in wichtigen Leitungsausschüssen zu überreden. So mag man es als symptomatisch glossieren, daß bis jetzt — ausgerechnet in einem kommunistischen Parteistaat — die Positionen des Arbeitsministers und Gewerkschaftspräsidenten durch lediglich halbbekehrte Sozialdemokraten besetzt sind (Ödön Kisházi und Miklos Sómogyi). Die Folgezeit hat bewiesen, daß Kádárs restaurative Früh-epoche solch exdemokratischer Gips-Karyatiden vor dem neuen Partei- und Staatsgebäude einfach bedurfte, um die Abscheu der Bevölkerung vor der wiedererrichteten Fassade zu mildern.

Der Kurswert der «linken» Radikalinski in den obersten Rängen der KP Ungarns wird gegenwärtig vielleicht niedriger notiert. Könnte jedoch irgendein Kreml-Herrscher derzeit in Ungarn auf so bedenkenlose Sowjetkommunisten ohne Schaden verzichten? Die Apró, Münnich, Marosán, Biszkú u. dgl. dienen in den Spitzengremien der KP-Diktatur Ungarns als ideologische Korsettstangen und überwachen im Auftrag der Moskauer Zentrale die «Linie». Die rücksichtslose Erledigung zentral befohlener Rechts- und Wortbrüche, genocider Massenliquidierungen am eigenen Volk, wäre in Ungarn ohne moskowitzische Gesinnungslakaien keineswegs gewährleistet. Wer war der eigentliche Garant des Justizmordes an Imre Nagy zu Junibeginn 1958, monatelanger Terrorwellen der AVO und Strafbehörden gegen einstige Freiheitskämpfer und alle möglichen «Klassenfeinde» der Nachrevolution? Die mit-herrschende Linke der USAP!

Ein «internationalistischer» Zwischenakt

Bis zum Jahresbeginn 1959 hatte es den Anschein, als würde die extreme Linke des kommunistischen Führerklüngels nachhaltig in den Vordergrund gespielt werden.

Chruschtschews persönliche «Feuerwehraktion» im April 1958, zur Rettung der Kádár-Gruppe, hatte offenbar die feindseligen Gemüter innerhalb des ungarischen Politbüros und ZKs. noch nicht genügend totalitär beschwichtigt.

Vom 10. bis 17. Dezember 1958 besuchte eine Partei- und Regierungsabordnung Prag, die neostalinistische Hochburg Osteuropas. Anstelle des «erkrankten» Parteichefs Kádár führte Ministerpräsident Dr. Ferenc Münich die wichtige Delegation, begleitet von einer linksextremen Auslese, darunter ZK-Sekretär und Staatsminister György Marosán, ZK-Mitglied und Innenminister Béla Biszkú. Während jedoch die Stalinisten Budapests und Prags auf dem Hradschin offiziell weittragende Beschlüsse faßten, begab sich der gesundheitlich gefährdete Kádár inoffiziell nach Warschau, zu einem persönlichen Gedankenaustausch mit Gomulka. — Dagegen fuhr der Erste ZK-Sekretär Kádár an der Spitze einer Abordnung zum XXI. Parteikongreß nach Moskau; in seinem Gefolge reiste der vom UGB abkommandierte ZK-Sekretär Jenő Fock sowie Kádárs linker Erznebenbuhler, Politbüromitglied und Vizepremier Antal Apró.

Mithin scheint der Waffenstillstand innerhalb des Kernes der USAP wiederhergestellt. Ja, es besteht sogar eine Bundesgenossenschaft zwischen Halblinks und Halbmitte der Führungsspitze. Die jetzigen Platzhalter stellen sich gemeinsam gegen das come back der abgetretenen Rákosi-Prominenz in spektakuläre Machtstellungen. Denn eine solche Herausforderung des Volkszornes könnte sich derzeit kein Führungskollektiv leisten — auch wenn in Ungarn ständig 4—5 Sowjet-Divisionen zum Schutz der «Volksmacht» bereitstehen.

Schonfrist für Bauern und Intellektuelle vorbei

Am 1. Februar 1959 publizierte «Népszabadság» das Regierungsdekret Nr. 3004/1 - 1959, demzufolge Kolchosen gegenüber

einzelbäuerlichen Wirtschaften finanziell und versorgungsmäßig stark begünstigt werden. Auch der Jahresplan 1959 verdoppelt die Förderungsbeiträge für die Kollektivwirtschaften im Verhältnis zum Vorjahr. Staatspräsident István Dóbi kündigte am 4. 2. 1959 in einer Budapester Versammlung die landwirtschaftliche Kollektivierung als wichtigste Aufgabe der Agrarpolitik an.

Innert Jahresfrist verminderte sich bis zum 1. 1. 1959 die Zahl dieser landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften sowjetischen Typs fast um einen Fünftel, so daß derzeit in Ungarn 2776 Kolchosen mit 144 000 Mitgliedern bestehen. Nunmehr setzt das Kádár-Regime dem freien Bauerntum mit «Verwaltungsmaßnahmen» wieder die Daumenschrauben an, um die besitzlose Dorfkommune rascher zu verwirklichen. Welche «Erfolge» die bisherige Agrarkollektivierung der Landwirtschaft eingebracht hat, ersieht man übrigens aus einem Nebensatz zu dem diesjährigen Leistungs-Soll: 1959 ist eine landwirtschaftliche Ertragssteigerung um 5,2% vorgesehen. Bei Verwirklichung dieses Vorhabens könnte der *Inland*bedarf an Brotgetreide gedeckt werden. Wahrlich, eine Glanzleistung in der früheren Weizenkammer Europas!

Die Intelligentia! Wann hätten geistig Schaffende, freie Berufe und Künstler irgendeiner KP-Diktatur wirklich unvergällte Freude bereitet? Insbesondere unter den Musikern, Ärzten, Volksschullehrern besitzt ein mehr als unbedeutender Hundertsatz das Mitgliedbuch der USAP. Zwei Universitäten in der Provinz weisen z. B. keinen einzigen Ordinarius auf, der Parteigenosse ist. Zu schweigen von der Linientreue der schweigenden Schriftsteller. Die meisten der ungarischen Intellektuellen könnten des «Revisionismus», «Chauvinismus» usw. überführt werden.

Bereits im November 1958 «reinigten» Politruks die Rechtsanwaltskammer und verhängten über ein Drittel der Juristen ein Berufsverbot. Der Versuch einer lückenlosen Verstaatlichung des Ärzteberufs, des Verbo-

tes der Privatpraxis und der Privathonorare wird allerdings erst nach geraumer Zeit glücken. In diesem Frühjahr steht allen Sparten der Wissenschaft, Kunst und des Sportes ein parteiideologischer Säuberungsfeldzug bevor. Auch etwa 10 000 arme Teufel von Musikern und Sängern in Gaststätten und Vergnügungsetablissemments werden vor Kontrollausschüssen ihren parteigemäßen Lebensstil nachzuweisen haben. Im Zeichen der vom Kaderchef des ZK, László Orbán neukonzipierten «Bildungspolitik» wird kein Intellektueller dem Fegefeuer parteiamtlicher Überprüfung mehr entgehen.

Die neue «Bildungspolitik» konzentriert ihre Anstrengungen jedoch vornehmlich auf die Erziehung der Nachwuchskräfte. Gegenwärtig besuchen 103 000 Schüler die 8. Klasse der Grundschulen. Im bevorstehenden Schuljahr 1959/60 werden lediglich für etwa 40% dieser Absolventen Mittelschulplätze zur Verfügung stehen. Sonderausschüsse entscheiden über die Zulassung der 14jährigen Bewerber in die Mittel- und Gewerbeschulen. Weisungsgemäß wird die «gesunde soziale Herkunft» die ausschlaggebende Vorbedingung der mittleren Ausbildung sein. Die Aufnahmeprüfungen zum Hochschulstudium haben nebst der proletarischen Abstammung der Abiturienten den ideologischen Bekenntniseifer zu berücksichtigen. Selbstverständlich ahmt das neue Programm Chruschtschews Reformidee der Produktionsschule nach, die den kommunistischen Produktionshelden hervorzubringen hätte.

Vom sozialen Nullpunkt zu Schaufensterfreuden

Wer heute durch die Hauptstraßen des Budapesters Zentrums schlendert, wird Schaufenster mit reichen Warensortiments erblicken, wie sie vor einem halben Jahr noch nicht anzutreffen waren. Zwar sind Qualitätswaren, technische Artikel, importierte Markenerzeugnisse wohl für die «neue Klasse», nicht aber für den Durchschnittsverdiener erschwinglich. Doch steht gerade die Ein-

wohnerschaft Budapests (2 Mill.) so sehr unter dem zeitnahen Eindruck jener trostlosen Monate, die dem Oktober 1956 folgten, daß allein schon die bessere Ausstattung der Vitrinen mit Befriedigung wahrgenommen wird.

Das mittlere Monateinkommen im Industriesektor dürfte etwa 1350 Forint betragen (1 sFr. = 2,69 Forint; 8,65 US-\$ = 100 Forint). Zahlreiche Lohnkategorien liegen jedoch zwischen 600 und 700 F. Monatslohn; Altpensionisten und Rentner müssen in vielen Fällen mit weniger als 400 F. im Monat auskommen. Die Wohnungsmieten machen zwar nur 5—15% der Durchschnittslöhne aus. Die Kehrseite des billigen Mietzinses sind vernachlässigte, nichtreparierte Häuser und eine drückende Wohnungsnot in den städtischen Industriezentren.

Die ungarische Arbeiterfamilie gibt heute rund 67% für Nahrungsmittel und Bekleidung aus. Ein Kilogramm Butter kostet im Land der Viehzüchter 60 F. Seit kurzem wird der Markt mit Kolonialwaren beliefert, doch übersteigt deren Preishöhe den westeuropäischen Durchschnitt um das 6—10fache (1 kg Bohnenkaffee kostet 400 F.). Dadurch, daß viele technische Gebrauchsartikel und bessere Textilqualitäten als «Luxuswaren» rangieren und etwa um das 2—3fache über den westlichen Detailpreisen liegen, ist auch die Kaufkraft des Forint um 30—35% niedriger anzusetzen als die offizielle Kursrelation des Forint zu westlichen Paritäten.

Einschneidende Maßnahmen der Planpolitik

Ein fast vergessenes Symbol der Rákosi-Ära ist das begonnene U-Bahnprojekt der Hauptstadt. Nach fünfjährigen Bauarbeiten wurde es 1956 liegengelassen. Seither kostet die Instandhaltung täglich 60 000 F. Weit unangenehmer aber muß es die Planer berühren, wenn noch vor Jahresfrist 11,3 Mrd. Forint Invest-Mittel seit mehreren Jahren in begonnenen Betriebsanlagen «eingefroren»

waren. Trotzdem ist der Gründerrausch der ungarischen Polit- und Wirtschaftsmanager nicht verflogen. Um die Planziele des für 1959—1961 anberaumten neuen Dreijahresplanes durchzuführen, muß die derzeit vorhandene Kaufkraft entsprechend abgeschöpft werden, weil sonst die überhöhten Investitionsraten und die Erfüllung der Außenhandelsverpflichtungen nicht zu verwirklichen sind.

Die Geldabschöpfung wurde im November 1958 mit der Erhöhung der industriellen Grundstoff- und Erzeugerpreise eingeleitet. Die Preisdifferenzen sind so erheblich, daß sie sich über kurz oder lang als vermehrter Druck auf die Lebenshaltung der Erwerbstätigen auswirken müssen.

Für die Sozialwirtschaft Ungarns im Nachoktober war der Augenblick zu gewärtigen, in dem die Wirtschaftsplaner den Umstand berücksichtigen mußten, daß die Produktivität der Industrieerzeugung noch gegen Jahresende 1958 um 25% unter dem vorrevolutionären Stand lag, daß die befristeten Auslandsanleihen nicht ohne weiteres mit uneigennütigen Geschenken gleichzusetzen sind usw. Man hat bisher aus der Hand in den Mund gelebt und sich im Eintagsfliegen-Glück des «stürmischen» Wiederaufbaues seit der Oktoberrevolution gesonnt. Während es in der Konsumgüterindustrie, in Hilfsarbeiter- und Frauenberufen eine partielle Arbeitslosigkeit gibt, fehlt es an Ingenieuren und Facharbeitern, an Arbeitskräften in der Bauindustrie, an Kumpeln in der Kohlenförderung.

Die Volksmeinung zur Oktoberrevolution 1956

Nicht einmal die Racheakte des Vorjahres gegen Teilnehmer an der Volkserhebung riefen innerhalb der Bevölkerung eine spürbare Reaktion hervor. Die hinnehmende Apathie der Mehrheit der «Werkstätigen» ähnelt gewissermaßen dem Gleichmut eines zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten. Die Sowjets sind und bleiben den Magyaren

bis in den Seelengrund verhaßt. Der Westen aber muß seinerseits zur Kenntnis nehmen, daß selbst Schulkinder von der bitteren Enttäuschung und Anklage der Oktoberkämpfer 1956 wissen und ihre Aussprüche wiederholen: «Der Westen hat Ungarns Opfergang für die Freiheit wegen irgendeiner US-amerikanischen Präsidentenwahl und zugunsten eines pfuschermäßigen Suez-Abenteurers verraten! Heute wissen wir es von unseren eigenen Politruks, daß die USA uns, ohne Gefährdung des Weltfriedens, hätten helfen können.»

Der Konformismus vieler demokratisch und antikommunistisch gesinnter Bürger der Ungarischen Volksrepublik ist heute Tatsache. Doch wird die erwachsene Generation vor der geistigen Uniformität und dem lebensmäßigen Kollektivismus der sowjetkommunistischen Weltanschauung bewahrt bleiben. Auch ist es fast gleichgültig, wer heute auf der politischen Bühne Budapests Bannerträger und Scherge Moskaus ist. Die eigentliche Gefahr lauert in der Umerziehung, im Seelenmord der Kinder und Jugendlichen von heute. Als Gast an einem Familientisch in Budapest waren wir Zeuge des folgenden Gespräches zwischen dem Familienvater und seinem 12jährigen Sohn:

Der Sohn erzählt vom Geschichtsunterricht am Vormittag und fragt den Vater, welcher Absicht die Kreuzzüge gedient hätten. Der Vater erklärt, aber der junge und lebhaft Springinsfeld widerspricht: «Nein, die Kreuzzüge waren imperialistische Unternehmen des frühmittelalterlichen Kapitalismus mit dem Ziel der Ausbeutung!» Der Familienvater runzelt die Stirne und schweigt. Nach dem Mittagessen bemerkt er im Zwiegespräch: «Sehen Sie, wir können als Eltern unseren Kindern im unreifen Alter die eigene Überzeugung gar nicht offen und unverblümt mitteilen. Wir würden das Fortkommen unsres Kindes und unsere Familienexistenz gefährden. So aber dringt die kommunistische Weltanschauung von allen Seiten auf diese Kinder ein!»

Zu Pasternaks Doktor Schiwago

Im Sommer 1956 reichte Boris Pasternak seinen «Doktor Schiwago» der literarischen Monatschrift Novy Mir zur Veröffentlichung ein. Die Redaktion lehnte die Publikation ab und begründete die Ablehnung ausführlich in einem Brief an Pasternak. Dieser Brief wurde im Herbst 1958, im Zusammenhang mit der Verleihung des Nobelpreises für Literatur an Pasternak, in der Literaturnaja Gazeta veröffentlicht und erschien in einer gekürzten Fassung in der New York Times Book Review vom 7. Dezember 1958. Im folgenden bringen wir eine Übersetzung der Fassung der New York Times Book Review.

Ihren Roman «Doktor Schiwago», welchen Sie unserer Zeitschrift zur Veröffentlichung vorgelegt haben, haben wir gelesen, und wir möchten Ihnen in aller Offenheit mitteilen, was wir darüber denken. Wir sind zugleich beunruhigt und bekümmert. Was uns an dem Buche stört, können weder der Herausgeber oder der Autor durch Kürzen oder Umarbeiten ändern. Wir meinen den Geist des Romans, seinen Grundton, die Lebensauffassung des Autors, sei es nun die wirkliche oder diejenige, die der Leser vermutet.

Der Geist Ihres Romans lehnt die sozialistische Revolution ab, und es ist der Grundgedanke Ihres Buches, daß die Oktoberrevolution, der Bürgerkrieg und die damit verbundenen gesellschaftlichen Wandlungen dem Volke nichts als Leiden brachten und die russische Intelligenz geistig und physisch zerstörten. Der Roman umfaßt das erste Jahrzehnt nach der Revolution. Nach der Ansicht des Verfassers über die Geschichte unseres Landes und vor allem über dieses erste Jahrzehnt war die Revolution ein Fehler, die Mitwirkung aus Kreisen der Intelligenz ein nicht wiedergutzumachender Irrtum und alles seitdem Geschehene ungut.

Ihre früheren Werke, «Das Jahr 1905», «Leutnant Schmidt», «Die zweite Geburt» usw., halten wir für Dichtungen, die von

einem anderen Geist und Tenor erfüllt sind. Für denjenigen, der diese Bücher kennt, bedeutet Ihr neuer Roman eine Enttäuschung. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß Sie die Geschichte von Doktor Schiwagos Leben und Sterben als das Abbild vom Leben und Sterben der russischen Intelligenz betrachten.

Abgesehen von Ihrer willkürlichen Unterteilung des Werkes in zwei Teile besteht eine leicht erkennbare Zäsur nach dem ersten Drittel des Romans. Diese Trennlinie — das Jahr 1917 — ist eine Trennlinie zwischen dem Erhofften und dem Wirklichen. Anfänglich erhofften Ihre Helden etwas anderes als das, was sich tatsächlich ereignen sollte, dann aber ereignete sich, was sie weder erwartet noch gewünscht hatten und was ihnen — nach Ihrer Darstellung — physischen oder geistigen Untergang brachte.

Einerseits geben Sie zwar in allgemeinen Formeln zu, daß die bürgerliche Welt des Besitzes und der Ungleichheit ungerecht ist, und Sie lehnen sie nicht nur als Ideal ab, sondern betrachten sie als unannehmbar für die Menschheit der Zukunft. Aber wenn Sie nach solchen allgemeinen Erklärungen das Leben und wirkliche Menschen darstellen, dann sind diese Menschen — abgesehen von wenigen Ausnahmen, z. B. dem Schurken Komarowski — die nettesten, liebenswürdigsten und feinsinnigsten Leute, die nur Gutes tun, nach Höherem streben, leiden und niemandem ein Haar krümmen. Die ganze Welt des vorrevolutionären, bürgerlichen Rußland, die Sie als Ganzes verurteilen, entpuppt sich als recht annehmbar, sobald Sie sich zu konkreter Beschreibung wenden. Mehr noch, sie scheint Ihnen ausgesprochen lieb zu sein. Ausbeuterei und Ungleichheit werden wohl als Unrecht gesehen, bleiben jedoch im Hintergrund, während alles, was tatsächlich geschieht, sich als idyllisch herausstellt: Ihre Kapitalisten sind ehrbare Leute und unterstützen die Revolution, die

Intellektuellen erfreuen sich vollständiger Gedankenfreiheit und bleiben unbehelligt vom Bürokratismus des zaristischen Regimes, arme Mädchen finden reiche und selbstlose Beschützer, während Söhne von Arbeitern und Eisenbahnern mit Leichtigkeit Zugang zu höheren Studien finden. Der Roman gibt kein getreues Bild vom Leben in unserem Lande zu jener Zeit und kann daher nicht erklären, warum die Revolution in Rußland unausweichlich wurde. Er sagt nichts von dem unerträglichen Maß an Leiden und sozialer Ungerechtigkeit, die die Menschen in die Revolution trieb.

Die meisten Ihrer Gestalten diskutieren wohl die Revolution, aber sie könnten im Grunde auch ohne diese leben, und es gibt nichts in ihrem Leben vor der Revolution, was physisch oder geistig nicht zu ertragen gewesen wäre. Andere Personen aber gibt es in diesem Roman nicht, wenigstens nicht solche, die des Autors Sympathie genießen und mit ähnlicher Genauigkeit gezeichnet sind.

Und dann bricht die Revolution los, vor den Augen Ihrer überraschten Helden. Trotz all ihren Gesprächen hatten sie sie nicht erwartet. Wenn man nachsieht, wie Sie in Ihrem Roman die Revolution einführen, so weiß man nicht einmal ob Sie die Februarrevolution oder die Oktoberrevolution meinen: es kommt alles so ziemlich auf dasselbe heraus, es ist das Jahr 1917 schlechthin. Die Veränderungen waren zwar zunächst unbedeutend und störten das Leben Ihrer «Wahrheitssucher» nicht merklich. Später aber, als die Umwälzungen weitergingen und tiefer, schmerzlicher, einschneidender wurden, wurden Ihre Helden mehr und mehr abhängig von den gewaltigen, beispiellosen Dingen, die im Lande geschahen, und als ihre Abhängigkeit wuchs, wurden sie unwillig und bedauerten, was geschehen war.

Man kann schwer einsehen, wieso in einem Roman über jene Zeit, in der zuerst während der Februarrevolution und dann während der Oktoberrevolution das Volk in so viele Lager gespalten war, die Hauptfigu-

ren nicht eindeutig Partei nehmen. Es ist kaum glaubhaft, daß Intellektuelle in gehobenen Positionen in keiner Weise Stellung nehmen beim Sturze der Autokratie, bei der Machtergreifung Kerenskis, während der Oktober-Unruhen, bei der Machtübernahme durch die Sowjets und bei der Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung. Tatsächlich aber sagen die Charaktere Ihres Romans nie offen, was sie über alle diese Geschehnisse denken, sie geben nie ein ehrliches Urteil über die Entwicklungen, welche das Land damals durchmachte. Der Grund hierfür ist, daß Ihre «Wahrheitssucher» die fortschreitende Revolution mit wachsender Erbitterung beobachten, und das nicht etwa weil sie bestimmte Ereignisse wie die Oktober-Unruhen oder die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung mißbilligen, sondern wegen der vielfältigen persönlichen Unbequemlichkeiten, die Ihnen auferlegt werden.

Nun sehen sich diese «Wahrheitssucher» der realen Revolution gegenüber. Sie führen ihr geistiges Leben fort, aber ihre Haltung gegenüber der Revolution und vor allem ihre Handlungen sind mehr und mehr bestimmt durch die Unannehmlichkeiten, die im Gefolge der Revolution erscheinen: Hunger, Kälte, Wohnen in überfüllten Quartieren, das Aufhören des angenehmen, verweichlichten Lebens, an das sie sich gewöhnt hatten. Es wäre schwierig, in der Literatur ein Werk zu nennen, in welchem Hauptfiguren, die höhere geistige Ambitionen haben, in den Jahren der wichtigsten Ereignisse so viel über die Bequemlichkeiten und Unbequemlichkeiten des Lebens sprechen.

Ihre Helden, im besonderen Dr. Schiwago selbst, verbringen die Jahre der Revolution und des Bürgerkrieges auf der Suche nach Wohlleben und Ruhe, und dies inmitten der Wechselfälle des Kampfes, inmitten der allgemeinen Verwüstung und des Ruins. Sie sind keine Feiglinge, dies wird immer wieder betont. Aber ihr einziges Ziel bleibt doch, ihr Leben zu erhalten, und dieses Ziel bestimmt alle ihre wichtigen Handlungen. Und

die Tatsache, daß ihre Leben unter den Bedingungen der Revolution und des Bürgerkrieges in Gefahr sind, erzeugt ihren wachsenden Groll gegen alles, was geschieht. Sie sind zwar nicht habsüchtig, keine Schlemmer oder Schwächlinge; sie suchen auch das Wohlleben nicht um seiner selbst willen, aber doch auch nur, um ihr geistiges Leben unabhängig weiterzuführen.

Was für ein Leben? Nun, ihr altes Leben, denn nichts Neues tritt in Ihren Kreis und ändert ihn. Sie sehen in der Möglichkeit, ihr altes Leben ohne Störung weiterzuführen, das höchste Ziel — nicht nur für sich selbst, sondern für alle Menschen. Und weil die Revolution fortwährend von ihnen verlangt, sich «für» oder «gegen» zu entscheiden, wandelt sich bei dieser Selbstverteidigung ihr Gefühl der Fremdheit gegenüber der Revolution in ein Gefühl des tätigen Hasses gegen die Revolution.

Die künstlerischen Aspekte des Romans haben wir bisher noch nicht berührt. Wir fanden darin mehrere hervorragende Partien, hauptsächlich dort, wo Sie die russische Landschaft mit großer Treue und poetischer Kraft schildern. Es gibt, hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Romans, auch schlechtere Stellen, trocken und ohne Leben.

Aber wir wollen uns darüber nicht weiter verbreiten, denn wie wir schon am Anfang bemerkt haben, liegt der wesentliche Grund unserer Nichtübereinstimmung mit Ihnen nicht im Ästhetischen. Ihr Roman ist ein politischer Roman. Sie haben dieses Buch verfaßt als eine Schrift, die eindringlich und ohne Einschränkung politischen Zielen dienen soll — dies ist Ihnen die Hauptsache und auf dies hat sich unser Augenmerk hauptsächlich gerichtet.

Wie unangenehm es auch für uns ist, wir

mußten in diesem Brief das Ding bei seinem Namen nennen. Uns scheint, daß Ihr Roman im tiefsten unfair ist. Die historische Beschreibung der Revolution, des Bürgerkrieges und der Jahre nach der Revolution geschieht mit vorgefaßter Meinung. Der Roman ist antidemokratisch und den Interessen des Volkes zuwider. All das ist die Folge der Tatsache, daß Sie als Autor in diesem Werk die Meinung verkünden, die sozialistische Revolution habe nicht nur keine wirkliche Bedeutung für unser Volk und die Menschheit, sondern sie habe außerdem nichts als Unglück und Not herbeigeführt.

Da unser Standpunkt dem Ihren diametral entgegensteht, glauben wir, daß eine Veröffentlichung Ihres Romans in unserer Zeitschrift *Novy Mir* nicht in Frage kommt.

Da es Werke von Ihnen gibt, die sich in vielem von diesem neuen Buch unterscheiden, möchten wir Sie an die Worte erinnern, die Ihre Heldin zu Dr. Schiwago spricht: «Du hast Dich verändert, Du weißt es. Du hast früher die Revolution nicht so scharf und ohne Erbitterung beurteilt.»

Und im übrigen ist die Erbitterung letztlich doch unwichtig, sie ist nichts weiter als ein Begleitumstand längst verworfener, unhaltbarer und dem Untergang geweihter Vorstellungen. Wenn Sie in der Lage sind, darüber ernsthaft nachzudenken, so tun Sie es. Es ist dies trotz allem unser Wunsch.

Beigeschlossen finden Sie das Manuskript Ihres Romans «Doktor Schiwago».

B. Agapow
B. Lawreniow
K. Fedin
K. Simonow
A. Kriwitski

«Innere Führung» gegen Zersetzung von innen

Längst hat sich unsere Welt an die Begriffe der psychologischen Kampfführung gewöhnt. Sie ist eine Erscheinung des Kalten Krieges zwischen zwei Machtblöcken verschiedener Weltanschauung, die sich bereits im Frieden in hartnäckigem Ringen auch die kleinsten Positionen streitig machen. Die westdeutsche Zeitschrift *Das neue Journal* widmet diesem *Kampf um die Seelen* in seiner Januarnummer einen interessanten Beitrag, der besonders die Anstrengungen des Ostens zeigt, die Deutsche Bundeswehr von innen zu zersetzen. Es ist heute keine Seltenheit mehr, daß sich vor den Kasernentoren und auf den Übungsplätzen ganze Haufen von Flugblättern finden, welche versuchen, eine Kluft zwischen Soldaten und Offizieren aufzureißen, die Bundesregierung zu verunglimpfen oder die den Schrecken des Krieges und den harten Pflichten des Soldaten lockende Genüsse gegenüberstellen.

Bundesverteidigungsminister Strauß hat aus diesen Gründen kürzlich die Anregung gemacht, eine zentrale Stelle für Planung und Leitung der psychologischen Verteidigung einzurichten, die beispielsweise dem Innenministerium unterstellt sein könnte. Da diese Anregung bisher nicht verwirklicht wurde, hat die Bundeswehr wenigstens in ihrem eigenen Bereich den Kampf aufgenommen. Vorbild für Bonn ist Schweden, das sich schon seit 1953 mit der psychologischen Abwehr befaßt und seit dem Juni 1956 eine staatliche Aufklärungszentrale eingerichtet hat, die «im Kriege oder bei Kriegsgefahr den Verteidigungswillen und den Widerstandsgeist der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken und die schwedischen Interessen in der ausländischen öffentlichen Meinung fördern» soll.

Die psychologische Kriegführung ist nicht etwa neu. Der Perserkönig Xerxes versuchte, den Gegner durch Gerüchte zu erschrecken; der Chinese Sun tsu lehrte lange vor unserer Zeitrechnung wie man im Kriege

den Feind durch Trommeln und Feuer in der Nacht erschreckt; Kautilya, der Indiens Macchiavell genannt wird, empfahl ebenfalls, durch getarnte Agenten das Gerücht von der unausweichlichen Niederlage auszustreuen. In jüngerer Zeit war es Gustav Adolf von Schweden, der Flugschriften anfertigen ließ, in denen von Himmelszeichen und Offenbarungen die Rede war und die den Siegeszug des nordischen Löwen ankündigten. Die Methode ist also alt, aber erst die moderne Technik hat die Möglichkeiten zur Beeinflussung von Millionen über Kontinente und Meere hinweg geschaffen. Keine Regierung kann heute darüber hinwegsehen. Zivilbevölkerung wie Militär sind gleichermaßen gefährdet. Die Armee bietet hingegen mehr Angriffspunkte.

In Westdeutschland versuchten Kräfte, deren Ursprung eindeutig im Osten zu suchen ist, zum Beispiel mit gefälschten Liebesbriefen die vielfach vorhandene Trennung zwischen den Angehörigen der Bundeswehr und ihren Ehefrauen auszunutzen und Mißtrauen zu sähen, oder billige Sensationszeitschriften sollten im Rekruten den Wunsch nach den Annehmlichkeiten des Zivillebens übermächtig werden lassen. Auch die gegenteiligen Reaktionen suchte man auszunutzen, indem gefälschte Einziehungsbescheide den Gemusterten mitteilten, daß sie zurückgestellt seien und Ärger und Enttäuschung hervorriefen.

«Innere Führung» und «psychologische Rüstung» sind die Begriffe, unter denen Bonn gegen solche Angriffe ankämpft. Wenn auch die Meinungen über den Erfolg der psychologischen Kriegführung auseinandergehen und beispielsweise amerikanische Sachverständige zum Schlusse kamen, die alliierte «psychological warfare» hätte den Willen der Deutschen zur Fortsetzung des letzten Krieges nicht brechen können, so muß doch heute schon alles getan werden, um den Anfängen zu wehren. Die Stärkung

der Volksmoral und ihrer Immunisierung gegen feindliche Einflüsse muß, wie die Bereitstellung der Waffen, bereits vor Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgen. Die schwedische Schrift, welche in Bonn den Ausgangspunkt der Überlegungen über die psychologische Verteidigung bildete, erkennt, daß die wesentlichste Grundlage für die Entwicklung des Widerstandsgeistes das Vertrauen zur Staatsführung und Verwaltung sei. Soweit es im Rahmen der freien Kritik an der Führung, einem der grundlegenden Züge der demokratischen Gesellschaft, möglich sei, sei es wichtig, solches Vertrauen schon im Frieden zu schaffen. Die führenden Persönlichkeiten und Organe müßten aufrichtig sein und das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit berücksichtigen. Die Public Relations der Behörden hätten

eine wesentliche Bedeutung. Unkenntnis und Unsicherheit deprimierten, während das Wissen um das, was vorgehe, eine Hauptvoraussetzung für einen zähen Widerstandsgeist sei.

Alle noch so klugen Maßnahmen der psychologischen Verteidigung, so schließt das Neue Journal seinen Bericht, sind aber auf Sand gebaut, wenn der Einzelne nicht mit der ihn umgebenden Gesellschaft eng verbunden ist. Der Bürger muß die sozialen, politischen, religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten seines Volkes bejahen, damit er es verteidigen kann. Das für den Widerstand notwendige Gemeinschaftsgefühl wird lange vor dem Ernstfall durch den Charakter eines Volkes geschaffen.

Gustav Däniker

Der Wille, den Staat, das Vaterland als politische Individualität unabhängig von allen Zweckmäßigkeitserwägungen einer gegenwärtigen Generation zu behaupten, kommt nicht nur in der Treue gegenüber dem besonderen Wesen von Volk und Staat zum Ausdruck, sondern in der Bereitschaft, alles an diese Existenz zu setzen. Diese Bereitschaft kann nur eine bedingungslose sein. Die unbedingte Bejahung der Landesverteidigung ist die unausweichliche Folgerung und das Merkmal des Staatsbewußtseins.

Max Huber